

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfach 101: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Notverordnung / Ausnahmegesetz

Empörung christlicher Gewerkschafter / Heftige Kritik am Kapitalismus

Brüning und Stegerwald, Kanzler und Arbeitsminister des Kabinetts, sind beide aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Daraus erklärt sich die bisherige langmütige Zurückhaltung der christlichen Gewerkschaftstreife bei der Kritik der jüngsten Notverordnung. Man hatte immer noch Hoffnung, auf dem Wege interner persönlicher Verhandlungen die ärgsten Härten abzumildern zu können. Darum waren die offiziellen Proteste mit formaler Ruhe und Sachlichkeit abgefaßt. Nun reißt aber auch den christlichen Arbeitern die Geduld. Der 1. Juli rückt näher und damit das Inkrafttreten der notverordnenden Befehle.

Mit unerhörter Schärfe brach die Empörung durch in einer Vertrauensmännerversammlung der Kölner christlichen Gewerkschaften. Landesgeschäftsführer Kaiser hielt das Referat — derselbe Mann, der im Frühjahr 1930 dem Kanzler Brüning als dem großen Retter eins der ersten Gratulationstelegramme sandte. Die Erfahrung hat auch ihn ernüchert, unter dem Druck der Bergweissungsstimmung seiner christlichen Arbeiter muß auch er die nackte Wahrheit sagen.

Ganze Abschnitte seiner Rede lesen sich wie sozialistische Kritik. Kein Wort mehr von dem „an sich“ einwandfreien System des Kapitalismus, das nur etwas verbessert werden müsse. Die Störung des wirtschaftlichen Kreislaufes mit ihrer verheerenden Arbeitslosigkeit von 20 Millionen ist — so sagt der christliche Gewerkschaftsführer — eine „Krise des Hochkapitalismus schlecht hin“. Volk und Völker empfinden,

„daß eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen keine Arbeit und damit kein Brot mehr zu geben weiß, ihren Sinn verloren hat und ausgegeben werden muß!“

In der Ueberbelastung der Arbeiterschaft durch die Notverordnung sieht Kaiser ein Symptom dafür, daß die Reaktion die Arbeiterschaft „einfach in jene menschenunwürdige Lage zurückverweist, in der sich das Arbeitsvolk vor dem Kampf seiner Bewegung befand“. Zweifelsvoll legt Kaiser sich die Frage vor: Wie war das alles möglich? Und er muß bekennen: „Darauf kann ich mir selbst keine ausreichende Antwort geben. Ich habe die Frage an einer anderen Stelle so beantwortet, daß der Inhalt dieser Notverordnung ein Zeichen dafür ist, wie geschwächt die Stellung der Arbeiterschaft im Volke trotz Brüning und Stegerwald heute ist.“ Stegerwald habe selbst gegen eine Reihe von Maßnahmen im Kabinett heftig gekämpft, er sei aber der Uebermacht erlegen.

Die Notverordnung, die nun als Kompromiß zwischen den widerstrebenden Auffassungen auch der Kabinettsmitglieder vorliegt, aber wirkte geradezu wie ein „Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft“, sie sei einfachhin eine „Anmaßlichkeit“.

„Der Kanzler muß von uns, von der christlichen Arbeiterschaft, von seinen treuesten Freunden also, wissen, daß der entscheidende Teil dieser Notverordnung auch unserer Fähigkeit und unserer Willen, seiner Politik zu folgen, Zumutungen stellt, die überspannt sind.“ Der Reichskanzler habe in Hildesheim auf der Zentrumstagung erklärt, das deutsche Volk dürfe nicht, wie am Kellegende, in den letzten fünf Minuten die Nerven verlieren. Er mache den Kanzler darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk damals die Nervenprobe nicht bestanden habe wegen der „ungerechten Ueberlastungen unter uns selbst“. Auch jetzt dürfe man nicht in den gleichen Fehler fallen: die Verteilung der Lasten muß gerecht sein!

Die Milderungsvorschläge.

In einer Entschließung fordern die christlichen Gewerkschaften folgende wichtigsten Verbesserungen der Notverordnung:

1. Wahrung der Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Gewährung der Unterstützung auch an Jugendliche unter 21 Jahren.
2. Gleichmäßige Heranziehung aller Steuerpflichtigen einschließlich der Beamten zur Krisensteuer.
3. Wahrung jenes Teils der Verordnung, der einen Eingriff in das Tarifrecht und damit eine schwere Gefährdung der Rechte der Arbeiter und des sozialen Friedens bedeutet.

Diese Vorschläge decken sich weitgehend mit unseren sozialdemokratischen Forderungen. Wird das Zentrum sich mit seinen Gewerkschaftsanhängern solidarisch erklären? Werden Brüning und Stegerwald nun endlich initiativ die Reform der Notverordnung im Kabinett betreiben, nachdem ihre treuesten Freunde so deutlich und ernst dazu aufgefordert haben?

Wochenende in Hubertusstock.

Der Besuchsplan fertig.

Macdonald und Henderson, die am 17. Juli zum Gegenbesuch der Reichsregierung in Berlin eintreffen, werden als Gäste des Reichs im Hotel Kaiserhof wohnen. Die eigentlichen Besprechungen zwischen den englischen Staatsmännern und deutschen Politikern



Haus Hubertusstock am Werbellinsee.

werden am Sonnabend und Sonntag in dem Jagdhaus Hubertusstock am Werbellinsee — etwa 60 Kilometer von Berlin entfernt — stattfinden. Dieses Haus gehört der preussischen Regierung. In-

folgedessen wird auch der preussische Ministerpräsident am Sonnabend und Sonntag in Hubertusstock weilen.

In einem Tage ihres Berliner Aufenthaltes werden Macdonald und Henderson mehrere Stunden im Kreise führender Persönlichkeiten der Sozialdemokratie verbringen. Eine entsprechende Vereinbarung ist bereits getroffen.

Zug überrennt Autobus.

Motor explodiert. — Fünf Tote.

Bukarest, 30. Juni.

Der Schnellzug nach Konstanza überfuhr am Montag bei der Station Mogosia einen vollbesetzten Autobus, dessen Führer die Schienen überqueren wollte, weil die Schranken nicht geschlossen waren. Der Autobus wurde von dem Schnellzug erfasst und überfahren. Infolge Explosion des Motors geriet der Wagen in Brand. Die Folgen waren verheerend; es sind fünf Tote und 18 Schwerverletzte zu beklagen. Der Führer ist bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Achtzehnjähriger ermordet.

Geheimnisvolle Bluttat in Nauen.

Wie aus Nauen gemeldet wird, ist in der vergangenen Nacht der achtzehnjährige Sohn des Ackerbürgers Tempelhofen von einem noch unbekanntem Täter erschossen worden.

Der junge Mann hatte sich in den Abendstunden aus der Wohnung seiner Eltern mit der Bemerkung entfernt, daß er noch spazieren gehen wolle. Von diesem Ausgang kehrte er nicht mehr heim. Kurz vor Mitternacht wurde Tempelhofen von einem Bachmann der Waid- und Schließgesellschaft zwischen zwei Scheunen am Bredower Luchweg, etwa 200 Meter von der Gartenstraße entfernt, tot aufgefunden. Der Wächter alarmierte sofort die Polizei. Der Befund ergab, daß Tempelhofen offenbar aus drei bis vier Meter Entfernung niedergeschossen worden ist. Der Schußkanal führte vom Kinn bis zur Wirbelsäule, wo die Kugel stecken blieb. Der Tod ist vermutlich sofort eingetreten.

Von Nauen wurde noch in der Nacht die Landeskriminalpolizei im Berliner Polizeipräsidium um Unterstützung zur Aufklärung der zunächst recht geheimnisvollen Mordtat gebeten. Zwei Beamte begaben sich mit einem Suchhund an den Tatort.

Die Annahme, daß es sich vielleicht um eine politische Bluttat handeln könne, hat bisher noch keine Bestätigung gefunden.

Stoßung in Paris

Briand und Laval im französischen Ministerrat überstimmt

Paris, 30. Juni. (Eigenbericht)

Am Montagabend sollen die Pariser Besprechungen positiv abgeschlossen werden. Das war der Wunsch der amerikanischen und auch der französischen Unterhändler, ein Wunsch, der sich auf eine Uebereinstimmung der Auffassungen der beiden Delegationen stützte. Abends um 6 Uhr fallte das französische Kabinett dieser Uebereinstimmung der Meinungen seine Zustimmung geben.

Die Sitzung nahm einen völlig unerwarteten Verlauf. Unerwartet sowohl für die Amerikaner, als auch für die französischen Unterhändler. Der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand waren bereit, im großen und ganzen auf den Boden des amerikanischen Vorschlags zu treten. Sie waren damit einverstanden, daß die Frankreich zustehenden ungeschützten Annullitäten zinslos der deutschen Reichsbank über die Reparationsbank in Basel als Kredite zur Verfügung gestellt werden, daß der geschützte Teil der Annuität in etwa 25 Jahren und der ungeschützte Teil in etwa 37 Jahren zurückgezahlt werden, und die Zurücküberweisung der ungeschützten Annuität als Kredit an die Reichsbank als ausreichende Garantie für die sachgemäße Verwendung der Gelder betrachtet werden sollte. In der Sitzung des französischen Kabinetts, die am Montag in später Nachmittagsstunde unter dem Vorsitz des Präsidenten im Elysee stattfand, stieß das zwischen Mellon und

Laval bzw. Briand vereinbarte Kompromiß auf hartnäckigen Widerstand.

Laval und Briand kämpften vergeblich für ihren Standpunkt. Das Kabinett beschloß, die Kompromißformel zu verwerfen.

So scheiterte die für Montagabend erwartete Beilegung der amerikanisch-französischen Differenzen. Laval und Briand blieben in der Minderheit. Der Verlauf der Kabinettsitzung zeigt, daß Briand auf die Dauer nur noch sehr schwer zu halten sein wird.

Die französische Regierung hat über den Verlauf der Kabinettsitzung eine halbamtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß das Kabinett sich einmütig — nicht einstimmig — über die Notwendigkeit geeinigt habe, nach der Abstimmung in der Kammer an dem Text ihrer Antwort vom 24. Juni festzuhalten. In der Mitteilung wird ferner festgestellt, daß Frankreich vor Ablauf des zwölfmonatigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen fordert, die von deutscher Seite im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müßten. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes hätten weder der Hauptgläubiger Frankreichs, also Deutschland, noch Amerika der französischen Regierung die erforderlichen beruhigenden Versicherungen gegeben. Frankreich verlange schließlich, daß die von Deutschland eigentlich im Jahre 1931/32 zu zahlende Annuität nicht erst nach 25 Jahren entrichtet wird, wie

der amerikanische Staatspräsident es will, sondern bereits nach 5 Jahren. Dieses „einzige Zugeständnis“, so heißt es in dem amtlichen Communiqué sei in einem „Gefühl des Entgegenkommens“ beschlossen worden.

Entgegenkommen? Davon kann keine Rede sein. Der gegen Canal und Briand erfolgte Beschluß des französischen Kabinetts zeigt vielmehr eine derartige Starrheit, daß man sich fast fragen muß, wie die Verhandlungen unter den obwaltenden Umständen überhaupt noch zu einem positiven Ziele geführt werden sollen und wie Frankreich schließlich aus seiner verfahrenen Situation wieder herauskommen soll. Sein Bestreben, nach wie vor die Reichsregierung in die Verhandlungen einzuschalten, oder gar ohne Amerika zunächst mit Deutschland über die zwischen Paris und Washington strittigen Punkte zu verhandeln, ist von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt. Die Reichsregierung ist entschlossen, bei ihrer bisherigen Haltung zu bleiben und das entspricht u. E. durchaus der Situation, in der sich Deutschland außenpolitisch zurzeit befindet.

Frankreich als Saboteur.

Amtliche amerikanische Erklärung.

Washington, 30. Juni.

Nach langen Beratungen mit dem Präsidenten Hoover gab Unterstaatssekretär Castle gestern Abend über die Verhandlungen zwischen Schahjefretär Mellon und dem französischen Ministerpräsidenten Canal ein formelles Communiqué aus, in dem die französische Regierung als die einzige bezeichnet wird, die sich nicht einmal prinzipiell mit dem Plan Hoovers einverstanden erklärt habe.

Castle sagte wörtlich: „Soweit wir unterrichtet sind, haben jetzt sämtliche Regierungen im Prinzip dem Plane des Präsidenten Hoover zugestimmt mit Ausnahme der französischen Regierung. Es haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, den französischen Standpunkt mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten in Uebereinstimmung zu bringen. Zwischen dem Botschafter Edge und dem Schahjefretär Mellon sowie den französischen Ministern finden noch Erörterungen statt.“ Diesem Communiqué fügte Castle noch hinzu: „Wir verhandeln immer noch, das ist alles, was wir gegenwärtig sagen können.“

Paris beginnt zu drohen.

Deutschland soll zu Verhandlungen gezwungen werden.

Paris, 30. Juni (Eigenbericht).

Das reaktionäre „Echo de Paris“ empfiehlt der französischen Regierung, falls die französisch-amerikanischen Verhandlungen scheitern sollten, sofortige Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen. Frankreich könne auf Grund seiner finanziellen Allmacht der deutschen Regierung seinen Willen aufzwingen und z. B. am 16. Juli, d. h. dem Fälligkeitstag für den der Reichsbank gewährten 100-Millionen-Dollar-Kredit die Zurückzahlung des französischen Anteils verlangen. Im Anschluß an diese Drohung spricht das Blatt die „Hoffnung“ aus, daß sich die Reichsregierung schließlich doch noch an den Pariser Verhandlungen beteilige.

Deutschland soll schuld sein!

Paris, 30. Juni (Eigenbericht).

Der „Matin“ erklärt heute, daß Frankreich in den prinzipiellen Fragen, die in der französisch-amerikanischen Verhandlung niedergelegt seien, nicht nachgeben werde. Es sei lediglich bereit, über gewisse Modalitäten der Regelung mit sich reden lassen. Wie der „Matin“, so stellen auch die anderen Blätter gleichzeitig fest, daß Deutschland zum großen Teil an den entstandenen Schwierigkeiten schuld sei, da es sich unter keinen Umständen an den französisch-amerikanischen Verhandlungen beteiligen wolle.

Im übrigen betont die Presse heute nochmals übereinstimmend, daß die Schwierigkeiten hauptsächlich in drei Punkten bestehen. Einmal wünscht Frankreich, daß ein kleiner Betrag von dem französischen Anteil an der ungeschöpften Annuität zu Krediten für einige kleine mitteleuropäische Länder verwendet wird. Außerdem fordert es, daß die gestundete Annuität spätestens nach fünf Jahren zurückgezahlt wird. Die dritte Schwierigkeit besteht in der von Frankreich verlangten Zusicherung, daß es, falls Deutschland nach Ablauf des Feierjahres ein Transferroratorium für die geschuldeten Zahlungen beansprucht, es nach dem Youngplan nicht gezwungen wird, den Garantiefonds von 500 Millionen Mark bei der RBB einzuzahlen. Frankreich wünscht, daß die Deutschland gestundete Summe als Garantiefonds betrachtet wird.

Macdonald fordert zu Abrüstungen auf.

London, 30. Juni (Eigenbericht).

Im Unterhaus gab Macdonald am Montag die von allen Fraktionen mit Spannung erwartete Erklärung über die Abrüstungsposition. Er stellte zunächst fest, daß auf der Abrüstungskonferenz nicht nur alle dem Völkerbund angehörenden Nationen sondern auch Amerika, Sowjetrußland, die Türkei und Mexiko vertreten sein würden. An Hand von Zahlenmaterial wies Macdonald dann nach, daß England in Bezug auf die Abrüstung bereits mehr als seinen Anteil an der allgemeinen Abrüstung geleistet habe. England sei, so erklärte er, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug, an der Grenze seiner Abrüstungsarbeit angelangt. Es habe der ganzen Welt ein Beispiel gegeben und es erwarte, daß die anderen Mächte diesem Beispiel nunmehr endlich folgen würden.

Anschließend nahm Macdonald Bezug auf die Möglichkeiten der Beilegung von Konflikten. Ebenso diene die persönliche Fühlungnahme der Staatsmänner aller Nationen einer Verbesserung der europäischen Atmosphäre. In diesem Zusammenhang streifte Macdonald die Besprechung in Chequers und sagte: „Ein derartiger Meinungsaustausch trägt zur Befriedung Europas in der gegenwärtigen Zeit wesentlich bei. Die Antändigung einer Aussprache zwischen deutschen und französischen Ministern ist ein Ereignis, auf das England stets gehofft hat, das mit großer Freude aufgenommen worden ist und das in einer für alle Staatsmänner außerordentlich schweren Zeit besondere Bedeutung hat.“ Macdonald schloß mit den Worten, daß Hoovers Wortortumsvorschlages ein Zeichen dafür sei, wie die Welt mit gutem Willen und friedlichen Mitteln voran gebracht werden könne.

In der Debatte erklärte der Führer der Konservativen, daß die von Macdonald dargelegte Abrüstungspolitik die Billigung seiner Fraktion finde. Eine ähnliche Erklärung ließen die Liberalen abgeben. Eine Rede für die Aufrüstung hielt Churchill, der „Clown des Unterhauses“.

Die Stahlhelmspitze. Der Landeswahlausschuh hat die günstigen Eintragungen zum Stahlhelmsvolksbegehren auf Auflösung des Landtages auf 5 955 996 festgestellt gegenüber einer vom Stahlhelm ermittelten Ziffer von 6 031 310 Eintragungen.

Der Studententerror

Neue Krawalle an der Universität

Am heutigen Vormittag, wo die Universität geschlossen war, sammelten sich dicke Mengen von Studenten unter den Linden und in den umliegenden Straßen am Universitätsgebäude an. Schon gegen 11 Uhr mußten die Polizeiposten an der Universität durch Bereitschaftsmannschaften verstärkt werden, weil das provozierende Verhalten nationalsozialistischer Elemente mehrfach Anlaß zu Zusammenstößen gegeben hatte.

Die sozialdemokratischen Studenten hatten mit polizeilicher Genehmigung ein Flugblatt zur Verteilung gebracht, in dem die beschämenden Zustände in der Berliner Universität besprochen wurden. Das war der Anlaß für die Nationalsozialisten, sich auf die sozialdemokratischen Zettelverkäufer zu stürzen und sie zu

verprügeln. Bei dieser Gelegenheit wurden mehrere Nationalsozialisten verhaftet.

Nach später wurden jüdische und ausländische Studenten von den Rechtsradikalen belästigt, was des öfteren zu Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten und rechtsradikalen Studenten führte. Die Polizei mußte mehrfach die Straßen um das Universitätsgebäude räumen und die Versuche vereiteln, die die Nationalsozialisten machten, um sogenannte Stehkonvente zustande zu bringen, die vom Rektor verboten worden sind.

Die Polizei verfuhr leider mit den nationalsozialistischen Schreibern recht milde und verhaftete nur wenige von ihnen. Gegen 1 Uhr mußte die Polizei aufs neue die Straßen räumen.

Die Wahlerregung in Spanien

Tote und Verwundete in mehreren Städten. / Noch kein endgültiges Wahlergebnis

Madrid, 30. Juni. (Eigenbericht.)

In Malaga und Granada brach am Montag der Generalstreik aus. In beiden Städten kam es zu Unruhen. In Malaga sind vier Tote und eine ganze Reihe Verwundeter zu beklagen. In Granada gab es sechs Schwerverwundete. Ueber Malaga wurde gegen Mittag der Belagerungszustand verhängt. Die Ursache der Unruhen in Malaga ist in Wahlstreitigkeiten des Sonntag zu suchen.

In Salamanca herrscht größte Erregung, weil bei den Wahlen nur zwei Kandidaten der republikanisch-sozialistischen

Koalition und drei Reaktionäre gewählt worden sind, die ihre Mandate ganz offenkundigen Wahlfälschungen verdanken sollen. Es werden die schwersten Vorwürfe gegen die Behörden erhoben, die Tote haben wählen und schließlich Wahllisten haben fälschen lassen. Am Montag Abend mußte nach einer Versammlung im Volkshaus von Salamanca die Stadt militärisch besetzt werden, um Unruhen zu vermeiden. Der in Salamanca gewählte Anamuno hat sich bereit erklärt, sein Mandat niederzulegen.

Die Wahlergebnisse liegen immer noch nicht alle vor. Es können sich wesentliche Verschiebungen in der Kräfteverteilung ergeben.

Die Börse wartet ab.

Aktionsunfähige Baiffierpartei.

Die Befürchtung, daß die Verschärfung der Lage in Paris neue schwere Rückschläge an der Berliner Börse hervorrufen würde, hat sich glücklicherweise nicht erfüllt. Dies gilt sowohl für den Aktien- wie den Devisenmarkt. Im allgemeinen war die Stimmung an der Börse trotz der Juspizierung der Pariser Verhandlungen verhältnismäßig optimistisch. Man neigte zu der Auffassung, daß trotz des Störungsstörers der Franzosen doch noch ein positives Ergebnis herauskommt. Den Ausschlag für die überraschend geringen Kursverluste gab aber jedenfalls die außerordentliche Schwäche der Baiffiers, die in der vergangenen Woche durch die unerwarteten Kursserhöhungen zu starken Verlusten erlitten hatten.

Ex-Botschafter Sthamer gestorben.

Der erste Vertreter Deutschlands in London nach Kriegsende

Hamburg, 30. Juni.

Der frühere deutsche Botschafter in London, Senator a. D. Dr. Sthamer, ist in der vergangenen Nacht im 75. Lebensjahr einem Herzschlage erlegen.

Botschafter Sthamer hat sich also nicht lange des wohlverdienten Ruhestandes erfreut. Erst im Herbst 1930 hat er jenen Posten verlassen, den er als erster Nachkriegsbotschafter Deutschlands in Großbritannien 1920 angetreten hatte. Sthamer stammt nicht aus der diplomatischen Karriere, sondern er gehörte zu jenen „Außenheimern“, die die Reichsregierung unter Hermann Müller bald nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages als Botschafter oder Gesandte gerade auf die schwierigsten Posten gesetzt hatte. So wurden der bayerisch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Mayer-Kaufbeuren nach Paris, die sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Landsberg und Adolf Käster nach Brüssel und Riga, die Hamburger Patrizier Sthamer und Behrenberg-Gosler nach London und Rom, der westfälische Volkswirtschaftler und Industrielle Professor Biedfeldt nach Washington entsandt. Sie alle haben unter denkbar schwierigsten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Aufgabe mindestens eben so gut gelöst, wie es irgendein Berufsdiplomate vermocht hätte.

Gerade in London war in den ersten Nachkriegsjahren die Aufgabe des deutschen Botschafters schon deshalb besonders schwierig, weil die sogenannte „vornehme“ Gesellschaft den Deutschen bogkott länger sogar als in Frankreich durchzuführen zu müssen glaubte. Sthamer zog daraus in würdiger Form die Konsequenzen und übte auch dann noch eine vornehme Zurückhaltung, als ein Stimmungsumschwung schon eingetreten war und gute Beziehungen zu deutschen Kreisen beinahe zum „guten Ton“ des britischen Hochadels gehörten. Bieleicht hat er an Zurückgezogenheit sogar des Guten zuviel geleistet. Indessen imponierte manchem Engländer der Stolz des alten Mannes, der nicht seinen Mantel prompt nach dem gesellschaftlichen Wind drehte.

Als Streifemann zur Ratifizierung des Paktes von Locarno im Dezember 1925 nach London fuhr, war es der König Georg selber, der ihn dringend bat, entgegen den Ankündigungen in der Presse, „seinen Freund Sthamer“ in London noch lange zu belassen. So blieb er noch weitere fünf Jahre und konnte dabei, angesichts der wirklichen Festigung der deutsch-englischen Beziehungen, auch gesellschaftlich etwas stärker hervortreten als in der ersten Periode seiner diplomatischen Tätigkeit. „Fünf Jahre Lakt“ überschrieb der „Daily Herald“ einen kurzen Artikel, in dem sein zehnjähriges Botschafterjubiläum in London im Frühjahr 1930 gewürdigt wurde. Man mag auch zuweilen eine stärkere Aktivität bei Sthamer gewünscht haben, ein besseres Lob für seine Gesamttätigkeit kann gar nicht ausgesprochen werden als in diesen drei Worten des Organs der Labour Party.

Die Strafanträge im Uralzef-Prozess.

15 Monate Gefängnis für Rechtsanwalt Türt.

Dresden, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der heutigen Vormittagsverhandlungen im Uralzef-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Türt wegen Betruges, Untreue und Wuchers eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten.

Unter Schlamm begraben.

Einzelheiten über die Katastrophe bei Zell.

Innsbruck, 30. Juni.

Bei der Lawine, durch die gestern der bei Zell am See gelegene Ort Kaprun verwüstet wurde, handelt es sich um eine riesige Schlammlawine, die im Anschluß an einen furchtbaren Wolkenbruch entstand, der die außerordentlich seltene Naturerscheinung zur Folge hatte. Kurze Zeit, nachdem der Wolkenbruch gewüthet hatte, ergoß sich über die Ortschaft von den Bergen herunterkommend eine riesige Schlamm- und Schlammlawine, die Baumstämme und riesige Felsblöcke sowie ungeheure Staub- und Erdmassen mit sich führte. In kurzer Zeit war das kleine Städtchen vollkommen unterwüthet. In den Hauptstraßen stand der Schlamm bis zu zwei Meter hoch. Menschenleben scheinen nicht zu beklagen zu sein, allerdings wird ein Kind vermißt, doch vermutet man, daß es sich bei einer Familie in der Nachbarschaft befindet. Aus der ganzen Umgebung sind Rettungsmannschaften nach Kaprun entsandt worden und auch militärische Hilfe ist unterwegs. Bereits in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde der Ort schon einmal von einer Schlammlawine verwüstet.

Brandunglück im Büro.

Unter den brennenden Kleidern zusammengebrochen.

Im Büro der Löffelfabrik Meyer in der Waffstraße 11/12 ereignete sich heute Mittag ein schweres Brandunglück.

Die 16jährige Kontoristin Anni Janschen aus der Rüggenstraße in Lichtenberg wollte sich auf einem Gastlocher Kaffee heiß machen. Dabei kam das junge Mädchen mit ihrem Kleide den Flammen zu nahe. Lichterloh brennend eilte die Unglückliche den Korridor entlang, wo sie, über und über mit Brandwunden bedeckt, bewußtlos zusammenbrach. Angestellte, die auf die Hilferufe hinzueilten, versuchten die brennenden Kleider durch Ueberwerfen von Decken zu ersticken. Schwerverletzt wurde die Verunglückte durch die Feuerwehr ins Lazaruskrankenhaus gebracht.

Freispruch im Hiller-Prozess.

In dem Meineids- und Bestechungsprozeß gegen den Grundstücksmakler Hiller, der in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Stadtrat Busch Geschäfte auf Kosten der Stadt Berlin gemacht hatte, wurde heute Mittag folgendes Urteil des Schwurgerichts verkündet: „Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.“

Zeppelin auf Nordlandfahrt.

Friedrichshafen, 30. Juni.

Das Luftschiff „Groß Zeppelin“ ist um 5.35 Uhr unter Führung von Dr. Edener zur Nordland-Island-Fahrt aufgestiegen.

Die amerikanischen Weltflieger in Alaska.

London, 30. Juni.

Die beiden amerikanischen Flieger Post und Gatty sind auf amerikanischem Gebiet gelandet. Sie trafen in Nome auf Alaska ein und haben den Flug von Sibirien aus ohne Zwischenfall zurückgelegt.

Braunschweigische Abwehraktion.

Republikanische Verbände wenden sich an das Reich.

Am Montag ist erneut eine ausführlich gehaltene Beschwerde über die unhaltbaren Zustände im Reich des Herrn Franzen an die Reichsbehörden abgegangen. Im Auftrage des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erhielten der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichsinnenminister je eine Denkschrift über die in letzter Zeit überhand nehmenden Terrorakte der Halentreuzler.

Nach Aufzählung der einzelnen Befehle- und Verfassungsbüchse und nach der Schilderung des Verfalls der Polizei wird um das Eingreifen der Reichsstellen gebeten. Dieses Ersuchen wird damit begründet, daß die in der Mehrheit republikanische Bevölkerung des Landes zu der heutigen Landesregierung nicht das Vertrauen zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände hat.

Berlins neuer Volkspark.

Erholung und Entspannung für die Werktätigen.

„Was lange währt, wird gut“, das kann man mit Fug und Recht behaupten, wenn man den prächtigen Mariendorfer Volkspark betritt, der gestern der öffentlichen Benutzung übergeben wurde.

Damit ist ein langgehegter Wunsch und ein längst begonnenes Projekt — 1909 von dem damaligen Gemeindevorsteher Westphal angeregt und 1923 mit dem ersten Spatenstich in Angriff genommen — endlich zur Ausführung, wenn auch noch nicht zur gänzlichen Vollendung gelangt. Das 23 Hektar große Terrain, früheres Ackerland und bis auf einige alte Bäume völlig kahler Boden, hat sich durch geschickte gärtnerische Kombinationen und durch fleißige Arbeiterhände in einen richtigen Garten Eden verwandelt. Der Park, in eine Längs- und eine Querschneide gegliedert, enthält Fußball- und Spielplätze, späterhin sollen auch noch Tennisplätze entstehen, ein Riesenplanschbecken, den Hauptanziehungspunkt für die Kleinen und Kleinsten, Kleinkinderspielplätze mit Sandkästen, einen Rosengarten mit Ruhebänken für die Erholungsuchenden, schattige Park- und Wiesenwege mit Ausruhegelegenheiten, eine große Vogelwiese, Kadelbahn, Eislauffläche, einen Hockeyplatz; für später ist noch die Anlage von 50 Dauerkleingärten, einem Tiergehege und einem richtigen Stadion geplant. Die Bepflanzung zeigt Staudenanlagen, deren buntes Bild das Terrain ungemein belebt. Pappelalleen, eine 30 Meter breite Kastanienallee an der Chausseestraße. Die gesamten Arbeiten wurden ausschließlich im Rahmen des Reichsstandsprogramms von Erwerbslosen ausgeführt und es konnten rund 5000 Menschen Beschäftigung finden.

Bei der Eröffnungsfest beglückte Bürgermeister Dr. Bruns die Gäste und dankte allen jenen, durch deren direkte oder indirekte Mitwirkung es möglich gewesen war, diese Volkserholungsstätte zu schaffen; im Namen der Parkverwaltung sprach Stadtrat Dr. Jaeger, schließlich schilderte der Spiritus rector und Schöpfer des Ganzen, Gartendirektor Fischer, den ebenso langwierigen, wie mühevollen Werdegang der schönen Anlage.

Verhezte Bolle-Jungen.

Die Kommunistin Wildenberg wegen Landfriedensbruchs vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantwortete sich heute morgen die 23jährige kommunistische Reichstagsabgeordnete Wildenberg wegen Kadelshühnerchaft bei schwerem Landfriedensbruch. Sollte man sie nach ihrem Betragen vor Gericht beurteilen, so würde man ihr, obgleich sie verheiratet ist, nicht mehr als 15 bis 16 Jahre geben. Wäre sie ein Junge, so würde man ihr Verhalten als rüpelhaft bezeichnen. Die Eidesleistungen der Zeugen bringt sie in eine außerordentlich lustige Stimmung. Einen Polizeiwachtmeister beschimpft sie.

Gegenstand der Verhandlung ist die kommunistische Streikkomödie bei Bolle, oder besser gesagt, der Mißbrauch der Bolle-Jungen durch die Kommunisten zum Zwecke ihres politischen Sappelochens. Es sollte ein Sympathiestreit für die Metallarbeiter sein; um ihn populär zu machen, wurden noch außen hin Lohnforderungen gestellt, nicht aber der Firma selbst unterbreitet. Mit einem Wort, es war ein widerstreit gegen die Gewerkschaftsorganisation. Arbeitswillige wurden am Betreten des Bolle-Unternehmens verhindert, die Kutscher und die Mißfahrer der Bolle-Wagen verprügelt, die Kassen auf die Straße geschleudert und die Milch vergossen. Damit es auch richtig wild zugehe, war um 3 Uhr morgens die kommunistische Reichstagsabgeordnete Wildenberg vor Bolle erschienen und übernahm die Leitung der 60 bis 70 mobilisierten Streiktruppen. Als Frau Wildenberg von der Polizei zwangsgestellt wurde, verließen sich auch ihre Soldaten. Kaum war sie freigelassen, erschienen sie wieder in kleinen Trupps; Frau Wildenberg bewegte sich von einer Gruppe zur anderen, erzählte etwas, gestikuliert heftig, sagte unter anderem: „Wir können uns nur in kleinen Trupps halten, geht zur Kirchstraße und kippt die Wagen um“. Und richtig, unmittelbar danach kam es in der Nähe der Kirchstraße zu Ausschreitungen gegen die Bolle-Wagen und die Mißfahrer.

Wegen Teilnahme an diesen Ausschreitungen sind drei junge Leute rechtskräftig zu Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten verurteilt worden. Frau Wildenberg war aber Reichstagsabgeordnete, es mußte zuerst ihre Immunität aufgehoben werden; zur ersten Verhandlung ist sie einfach nicht erschienen, und heute schwingt sie vor Gericht große Töne: Sie ist Vertreterin des Jungproletariats im Reichstag, es war deshalb ihre Pflicht, die Bolle-Jungen in ihrem wirtschaftlichen Kampf zu unterstützen. Sie hat niemand aufgebeht; was vor Bolle geschah, sei nichts anderes, was auch sonst bei jedem Streik geschieht.

Die Aussagen der zahlreichen Polizeiwachtmeister ließen gar keinen Zweifel darüber, daß Frau Wildenberg sich an jenem Morgen als Kadelshühnerin betätigt hat. Daß sie jetzt nicht den Mut aufbringt, das zuzugeben, charakterisiert sie als würdige kommunistische Vertreterin des Jungproletariats im Reichstag.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs ein Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte die Landtagsabgeordnete Frau Wildenberg zu acht Monaten Gefängnis; straffähig wäre in Betracht, hieß es in der Urteilsbegründung, daß sie als Kadelshühnerin die moralische Verantwortung dafür übernommen habe, daß die jungen Leute zu Gefängnisstrafen verurteilt werden mußten. Hätte sie an jenem Morgen vor Bolle nicht eine so aktive Tätigkeit entwickelt, es wäre zu all den Ausschreitungen nicht gekommen. Frau Wildenberg lächelte dazu.

40-Stundenwoche für Behördenangestellte.

Reichsfinanzministerium selbst gegen 48 stündige Arbeitszeit.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt, daß sich im Bericht über die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium am 29. Juni, den wir in der Wochenendausgabe vom 30. Juni veröffentlichten, im letzten Satz ein sinnentstellender Druckfehler befindet. Es muß heißen: Auf eine Frage des Vertreters des Zentralverbandes der Angestellten, wie es mit der Einführung der 48stündigen (nicht 40stündigen) Arbeitszeit in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches stehe, erwiderte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß auch daran zur Zeit nicht zu denken sei, weil es der Reichsverwaltung an den dafür notwendigen Mitteln fehle.

Der 3. d. U. bemerkt hierzu ergänzend, daß in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches im Gegensatz zur preußischen Staatsverwaltung und anderen Behörden auch heute noch die 51stündige, zum Teil sogar noch die 54stündige Arbeitszeit besteht.

Der sächsische Metallstreik, der für die Zeit vom 1. Juni bis 30. November eine Lohnförmung um etwa 2,5 Proz. vorsieht, ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Eiweiß aus Kohle.

Ein großer Forschungserfolg.

Eiweiß, Fett und Zucker sind die drei Grundbausteine jeder pflanzlichen und tierischen Substanz. Von diesen wiederum ist das Eiweiß als der Träger des Lebens der wichtigste. Daraus geht ohne weiteres hervor, welche Bedeutung dem Eiweiß als Nährstoff zukommt. Die Pflanze vermag ihr Eiweiß aus einfachen Salzen des Bodens und aus der Kohlensäure der Luft aufzubauen. Mensch und Tier dagegen sind auf das Eiweiß der Nahrungsmittel angewiesen, welche die Pflanzenwelt liefert. Bei den Futtermitteln wird der Preis geradezu durch ihren Eiweißgehalt bestimmt; in der menschlichen Ernährung dagegen sind andere Faktoren, besonders der Geschmacklicher Art, für den Preis maßgebend. Daher ist die billige technische Herstellung von Eiweiß eine fundamentale Frage der Wirtschaft.

Der synthetischen Herstellung von Eiweiß haben die hervorragenden Chemiker, besonders Emil Fischer, viele Jahre ihres Schaffens gewidmet. Eine vollständige Synthese war ihnen nicht gelungen. Neuerdings hat sich Professor Glud mit diesem Problem beschäftigt; er hat soeben vor der Gesellschaft für Kohletechnik in Dortmund über seine Versuche berichtet. Wie schon Emil Fischer zeigte, sind die Bausteine des Eiweißes Aminosäuren, und unter diesen überwiegt in weitgehendem Maß die Amino-Essigsäure. Ihre Zusammenfügung ergibt sich schon aus ihrem Namen: sie besteht aus einer Säure, verbunden mit der Aminogruppe, die sich, wie das Ammonium, aus Stickstoff und Wasserstoff zusammensetzt. Versuche haben nun die bemerkenswerte Tatsache ergeben, daß sich Eiweiß bei der Ernährung durch diese Aminosäure so gut wie vollständig ersetzen läßt. Der Organismus baut aus ihnen sein Eiweiß ebenso gut auf, wie er es sonst aus dem Eiweiß der Futtermittel vollbringt.

Wie aber nun kommt man nun gerade im Ruhrgebiet auf solche Versuche, und was haben die Aminosäuren mit der Kohle zu tun? Organische Säuren, besonders die gesamte in Deutschland verbrauchte Essigsäure, werden schon heute aus Kohle hergestellt. Aus Kohle und Kalt gewinnt man Karbid und aus diesem die Essigsäure. Als wichtiges Nebenprodukt bei der Vergasung der Kohle entstehen Ammoniumsalze, die früher von den Rots- und Gaswerken als Stickstoffdünger an die Landwirtschaft verkauft wurden. Seit die technische Industrie Stickstoffdünger in größter Menge in den Handel bringt, sind die Ammoniumsalze der Jachen nicht mehr sehr begehrt. Bei dem Versuch, für die Ammoniumsalze der Ruhrzechen einen neuen Verwendungszweck zu finden, kam Professor Glud zu seiner Erfindung.

Nach Gluds Angaben ist es ohne weiteres möglich, die Herstellung der Eiweißbausteine ins Technische zu übertragen. Wenn das Verfahren billig genug arbeitet, und das synthetische Produkt mit den zurzeit im Handel befindlichen Eiweißfuttermitteln konkurrieren kann, wird einer der größten Erfolge chemischer Technik der letzten Jahre errungen sein.

Wie hilft man unseren Künstlern?

Die Graupe-Auktion und ihre Lehren.

Unter ungewöhnlichem Zudrang von Kunstfreunden Berlins vollzog sich am Sonnabend die Auktion von Werken lebender deutscher Künstler bei Graupe; und trotz gehäufter Ungunst der Zeit und der Zeiten ist ein guter Erfolg zu buchen: ein stattlicher Teil der angebotenen Bilder fand seine Käufer. Zu ihnen gehörte vor allem das Preußische Jansen-Miniatur, das von 9 Künstlern Werke erwarb. Die höchsten Preise waren: 900 Mark für ein Stillleben von Hofer; 500 Mark für ein Figurenbild von Wollheim; 340 Mark für ein Blumenstück von Krauskopf. Das Bezeichnendste dieses gelungenen Erstversuchs, Auktionswerke zugunsten der Schaffenden selber zu versteigern, ist der gleichmäßig niedrige Ersterbungspreis, der mit einer Ausnahme (Hofer) nur um etwa 10 Proz über der zugelassenen Preisgrenze lag.

Diese Grenze, von der an offiziell Steigerungsgelbte gestattet werden (das „Limit“), ist nun der verhängnisvolle Hafen und letztlich das unübersteigbare Hindernis für einen vollen Erfolg des Versuchs. Es muß offen ausgesprochen werden, daß eine wirkliche Klärung der Preisbildung moderner Kunstwerke, wie sie bei dieser Gelegenheit erhofft wurde, nicht ermöglicht wurde, weil der Versteigerer an Limits gebunden war. Es gibt heute sehr wenig Leute, die 200 oder gar 500 Mark für ein Delbild, 90 oder gar 200 Mark für ein Aquarell hingelassen können: das waren aber die vorgeschriebenen Richtpreise der Künstler. Soll eine solche Aktion einen durchschlagenden Erfolg haben, so muß der Unfug des Limits radikal beseitigt werden. Es grenzt an Größenwahn, wenn deutsche Künstler auch heute noch auf ihren unsinnigen Preisen bestehen und nicht erlauben, daß ihre Werke, statt im Atelier ohne Aussicht auf Verkauf sich anzuhäufen, zu dem natürlich sich bildenden Auktionswert in den Besitz von Kunstfreunden übergehen. Paul Graupe hatte den Vorschlag gemacht, die Versteigerung ohne alle Limits zu veranstalten, ein paar verlässliche Künstler stimmten ihm zu: die Majorität der Maler hat es verhindert.

Das Experiment soll und muß wiederholt werden, und zwar so bald wie möglich, noch in diesem Herbst. Dann aber muß unbedingt Voraussetzung die Freiheit vom Limit sein. Und die Auswahl der Werke muß mehr Rücksicht auf das Publikum nehmen; es geht nicht an, daß Atelierabbau mitangeboten wird.

p. f. sch.

Sängerfest in Spandau-Hafenfelde.

In dem prachtvollen Garten des Lokals „Karlslust“ fand Sonntagmorgens das beinahe dreistündige Festkonzert statt. Zwei Stunden vorher hatte man auf dem Rathausplatz in Spandau unter grünen Bäumen mehrere schöne Chöre gesungen, von denen „Brüder, zur Sonne“ und Wagners „Wach auf“ den tiefsten Eindruck hinterließen. Nach dem von zwei Bläserkorps begleiteten Festzug durch Spandau nach Hafenfelde leitete ein tüchtiges Bläserorchester des Deutschen Musikerverbandes das Konzert ein. Fünf großen Mollenhörern standen neun Einzelchöre gegenüber. Um das lange Programm von 31 Liedern möglichst rasch abzuwickeln, wurde abwechselnd im Pavillon des Gartens und auf der Veranda des Restaurants gesungen. Die Sänger der letzteren Juteilung waren nicht zu beneiden, da die Musik miserabel und der Gesang, auch abgesehen von der Unruhe der sehr zahlreichen, sonst aufmerksam Zuhörer, fast unhörbar war.

Glücklicherweise waren die wertvolleren Interpretationen im Pavillon. Den Löwenanteil hatte der Bezirkschormeister Richard Gutte übernommen, dessen letzte Vorträge ich allerdings nicht mehr hörte. Seinen gemischten Bezirkschor hat er in ausgezeichneter Disziplin, während der Männerchor seinen bedeutenden ruffischen Aufgaben nicht ganz gewachsen war, wenigstens nicht über eine sachliche Korrektheit hinaus. Reichlich bedacht war auch Eduard Reich, ein sehr fleißiger, tüchtiger Chorleiter, der aber durch Uebereifer und Ueberrückzuziehen sich und den Sängern viel zu viel zu schaffen machte. Etwas davon angekränkel-

DAS Bundesfest in der Tschechei

vom 27. bis 29. Juni in Bodenbach.

Für die Bundesfeste der Landesverbände der Internationale der Arbeiter-Sänger bündert sich ein Fünf-Jahr-Lernus ein. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund in der Tschechoslowakei eröffnete als erster die Reihe der Großveranstaltungen der Länder. Ihm folgte 1928 Deutschland mit dem Fest in Hannover, 1930 Ungarn und die Schweiz.

Trotz des wirtschaftlichen Abstieges — Kurzarbeiter mit Frau und Kindern bringen in der Komotauer Gegend, am Fuß des Erzgebirges, wöchentlich 7,50 Mark „Bodenlohn“ nach Hause — haben unsere deutschen Genossen den Mut aufgebracht, ihr Landestreffen durchzuführen. Aus dem Egerland, dem Erzgebirge, der Tepliczer Gegend, aus Mähren und Schlesien kamen 2 1/2 Tausend Sängern und Sänger nach Bodenbach, in ihren Liedern und Gesängen für die Sache des Proletariats Zeugnis abzulegen. Alle proletarischen Verbände von Teschen-Bodenbach und Umgegend machten die Demonstration der Arbeiter-Sänger zu der ihren.

In den letzten fünf Jahren seit dem 1. Fest in Auzsig hat der Verband ernste Arbeit geleistet. Der Männerchor, 1600 Sänger unter Leitung des Bundeschorleiters Otto Reichert, eröffnete das Massenfest mit dem Arbeiterlied von Klaus Bringsheim und der Sonett-Hymne von Russig. Als Beschluß „Brüder, zur Sonne“. Dazwischen im Frauenchor „Lied der Arbeiterinnen“ von E. Kolbe. Im Gemischten Chor (2500 Sängern und Sänger) Otto de Nobels „Morgenrot“ und Volkslieder von Slicher. Ottmar Gerstner „Festliche Musik“ war Auftakt zum Festspiel des Genossen Ernst Thöner „Das Lied im Leben des Arbeiters“, zu dessen Wiedergabe sich Kinderfreunde, Arbeiterjugend und Arbeiterpartei mit den Sängern vereinigten.

Unter den Großveranstaltungen sei besonders der überragenden, achtunggebietenden Leistung der Auzsiger Volkslinggemeinde gedacht. Dieses junge Volkschorgebilde hat sich in wenigen Jahren zu dem repräsentativen Chor des deutschen Verbandes entwickelt, der diesmal mit H. Berlitz „Faust Verdamung“ aufwarten konnte. Aus der Fülle von größeren Werken, die das Fest vermittelte, erwähne ich „Mirjams Siegesgesang“ und „Rust“ zu „Kosamunde“ von Franz Schubert, gesungen vom „Frohinn“-Chor, ein Mozart-Beethoven-Konzert des Volkschors Bodenbach und des Bezirkes Karlsbad-Fischern. Die „Freien Sänger“ Komotau widmeten ihr Programm ausschließlich Mozart. In fünf Begrüßungskonzerten wurden Volkskunst- und Liederlieder und Kammermusik geboten. Weitere fünf Blaskonzerte stellten alterprobtes Viehqu neben neuzeitliche Gesänge. Ein Sondererfolg war dem städtischen Kinderchor der Auzsiger Volkslinggemeinde beschieden.

Sonntagabend Vier-Dampfer-Fahrt nach der sächsischen Grenze. Höhenfeuer, Fahnenhügel, Fahnenhügel, Fahnenhügel, Gruppenbilder der Arbeiterpartei, Feuerwerk, das von den Elbusern in den wolkenlosen Himmel sprang.

Walter Hänel.

Ist auch der sonst vorzügliche Max Schaar Schmidt, dessen „Abendfriede“ mit der „Harmonie“ Charlottenburg nicht so recht natürlich aus dem Innersten quoll. So gar nicht studiert, sondern frisch wie ein Bergquell waren dagegen die Lieder des Volkschors Spandau unter dem ausgezeichneten Edgar Wühler. Was für ein wunderbares pp. im Echo, was für ein strahlendes, schloffen-freies forte, was für raffige tempi!

Die Mischung der ganzen Festfolge war gut. Etwa vier Fünftel anheimelnde Naturchöre und ein Fünftel Komplott. Sehr richtig! Die letzteren sollen die Höhepunkte, die Gipfel des Festes, nicht aber bis zur Ueberfüllung gebracht werden. Genosse August Kirisch hält für das Kampflied und die Freiheitsbewegung eine hinreichende Berbereide, die mit den Worten schließt: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“

H. M.

Joachim-Feier.

Die Akademie der Künste hatte sich mit der Staatlichen Hochschule für Musik und mit der Singakademie verbunden, um dem Andenken Joseph Joachims anlässlich der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages zu huldigen. In einer Mittags-Feststunde und zwei Abendkonzerten, in Wort und Musik, wurde der Meister seiner Kunst und große Repräsentant einer großen Musikergeneration gefeiert. Professor Georg Schürmann sprach in der Hochschule, Professor Hans J. Rojer in der Akademie über Leben, Werk und Wirken Joachims. Für den unvergleichlichen Lehrer zeigte das Spiel seiner einstigen, längst zur Meisterkraft gereiften Schüler Gustav Havemann und Karl Klingler; auch der Komponist wurde in seinen Werken lebendig für einen Abend. Stimmung der Joachimzeit lag über dem Kammermusik-Konzert in der Singakademie, dessen Programm den Namen Brahms, Schumann und Mendelssohn gewidmet war.

k. p.

Zehn Jahre Deutscher Kunstverlag. Am 1. Juli kann der Deutsche Kunstverlag in Berlin auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Er wurde damals unter Mitwirkung staatlicher Behörden und deutscher Kunstverleger gegründet, um die geschäftliche Vertretung der Staatlichen Bildstelle, der früheren Reichsbildanstalt zu übernehmen und deren wunderbare Aufnahmen deutscher Bau- und Kunstdenkmäler immer mehr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So entstanden auch unter Hinzuziehung vieler anderer Photographen die Bücherreihe „Deutsche Lande / Deutsche Kunst“ und die bedeutende Sammlung von Photographien, mit denen jetzt für 12 Pfennig beste deutsche Kunstwerke verbreitet werden, ferner die Reihe „Deutsche Dome“. Unter den Mitarbeitern des Verlages sind die besten Namen der deutschen Kunstwissenschaft.

Internationaler Kongreß für Naturwissenschaften und Technologie. Montag wurde der Internationale Kongreß für Naturwissenschaften und Technologie in London eröffnet. Der Kongreß ist von Vertretern von 4 Nationen, darunter solchen aus Sowjetrußland und Indien, besucht.

Der Vortrag von Professor Ernst Reischner (Marburg) über „Ergebniswirkung und Neurose-Erkrankung“ in der Gesellschaft für Philosophie findet heute abend, 1/9 Uhr, im neuen Anlagegebäude gegenüber der Universität statt.

Das einhundertste Tausend vom „Baldamus“. Der Verlag Der Bücherkreis hat noch einige Exemplare der Sonderausgabe des 100. Tausend von Oskar Wähle „Der Baldamus und seine Streiche“ zum Preise von 8,50 M. zur Verfügung (für Mitglieds Sonderpreis). Diese Jubiläumsausgabe ist auf besonderem Papier gedruckt, nummeriert und vom Dichter handschriftlich gezeichnet.

Die Barnowitz-Bühnen beenden heute die Spielzeit. — Vom 8. bis einschließlich 11. Juli absolviert Elisabeth Bergner im Theater in der Stresemannstraße ein kurzes Gastspiel in „Glaub' Komödie „Amphitruon 38“.

Eine Schauspiel-Kastriktion von „Die schöne Helena“ findet Sonntagabend, 11/9 Uhr, im Kurpark-Theater statt. Karten im Bezirksverband.

Im Deutschen Künstler-Theater beginnt am 1. Juli ein sechstägiges Ensemble-Gastspiel mit Eugen Kildner. Zur Aufführung gelangt „Abgemacht — Rust“, Lustspiel von Tristan Bernard.

Wohnen im Hochhaus

Grundsätzliches zu einer Entgegnung / Von Walter Gropius

Herr Max Wagner bringt im „Abend“ vom 16. Juni 1931 unter dem Titel „Bekennnis zur Heimstätte“ eine Entgegnung auf meinen Aufsatz im „Vorwärts“ vom 9. Juni 1931 unter der Überschrift „Bekennnis zum Hochhaus“. Dieser Entgegnung muß ich in wesentlichen Punkten widersprechen.

Zunächst:

Mein Kampf für das Wohnhochhaus hat sich niemals gegen den Bau von Einfamilienhäusern und ihre öffentliche Unterstützung gerichtet, sondern allein gegen das läbliche mittelhohe drei- bis fünfstöckige Stagenhaus!

Also: zehn- bis zwölfstöckige Stagenhäuser statt drei- bis fünfstöckiger ist mein Ziel! Auch heute noch bin ich Freund der Flachbedeckung dort, wo sie hingehört und habe mich gerade in neuester Zeit mit ihr beschäftigt. Aber gerade die vielseitige Beschäftigung mit dem Wohnproblem lehrte mich die Schäden der Uebertriebung und Einseitigkeit für die eine oder die andere Wohnform erkennen. Wir müssen ja Wohnungen für die Wirklichkeit schaffen, vom nüchternen Boden der Tatsachen aus. Den elementaren, wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen gegenüber erscheint es zwecklos, gegen Träger ernsthafter Ideen mit polemischen Mitteln zu streiten. Wir müssen unsere rein gefühlsmäßigen Wünsche mit kühlen, sachlichen Erwägungen, mit wissenschaftlicher Arbeit und mit nüchternen Zahlen regulieren, um der optimalen Lösung des vielfältig verzweigten Wohnproblems nahe zu kommen. In einem Hauptpunkt sind wir uns gewiß einig: die Tatsache, daß der Boden eine Ware ist, verhindert eine gesunde Wohnpolitik auf weite Sicht.

Die Bodenreform ist die Kardinalforderung!

Über hat das Wohnhochhaus als solches hiermit etwas zu tun? Nein, denn auch vom Standpunkt der Allgemeinheit aus gegenüber dem der einzelnen, wird der Wert des Bodens, auch wenn er nicht mehr verhandelt werden kann, je nach seiner Lage verschieden sein. Es wird zum Beispiel niemals zweckmäßig erscheinen, in der Gegend um den Alexanderplatz Reichsheimstätten zu bauen, solange die „Stadt“ als Phänomen der Gesellschaft Sinn und Bedeutung behält. Der Gedanke, die Gesamtheit des Volkes — Stadt und Land — in Heimstätten anzusiedeln, ist eine Utopie, der eindeutige Tatsachen soziologischer, wirtschaftlicher und technischer Art entgegenstehen. Denn ein großer Teil der städtischen Bevölkerung lehnt für sich die Heimstätte aus persönlichen Gründen ab. Ferner: die größte Wohnungskonsumentenklasse kann sie nicht bezahlen, auch wenn der Staat ihr mehr wie bisher hilft, und die Verkehrsfrage würde infolge der Horizontalausdehnung der Siedlungen zum zeitlich und wirtschaftlich unlöslichen Problem, wenn die Gesamtheit in Flachbauten wohnt.

Die Besonderheit der Großstadt — Ansiedlungen vieler wertvoller Menschen um einen engen Citykern — fordert kurze Wege, das heißt, Ausnutzung der vertikalen Baugliederung zur Verkürzung der horizontalen Entfernungen. Die Wohnform des Flachhauses steht dieser Grundtendenz der Stadt entgegen. Nicht nur die Verbesserung der Verkehrsmittel, sondern vor allem ihre Verminderung ist Aufgabe des Städtebauers. Die Bewohner von Los Angeles — an Flächenausdehnung die größte Stadt der Welt und fast ausschließlich im Flachbau gebaut — bringen einen großen Teil des Tages in Verkehrsmitteln von und zur Arbeit, oder Handelsstätte zu und müssen ein Vielfaches an Zeit und Geld für die Ueberwindung der täglichen Entfernungen opfern wie unsere wertvolle Bevölkerung, deren durchschnittliche Arbeitswege ja schon recht lang sind. Der Direktor des Forschungsinstitutes für Hygiene und Immunitätslehre im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem, Prof. Friedberger, berechnet für die durchschnittliche Belastung einer wertvollen Berliner Familie zu vier Köpfen, die an der Peripherie zu wohnen gezwungen und in der Stadt beschäftigt ist,

41.60 M. Fahrtkosten monatlich oder 139 Proz. einer Friedensmiete von 30 M.

Diese Fahrtkosten belaufen sich in 25 Jahren, mit nur 3 1/2 Proz. Kapitalisiert, auf 19 000 M., was dem doppelten Herstellungswert einer Volkswohnung entspricht. Er berechnet ferner bei Annahme von durchschnittlich nur einer halben Stunde Fahrt von und zur Arbeitsstätte bei 22 Millionen Erwerbstätigen in Berlin einen jährlichen Verlust von 37 500 000 Arbeitstagen zu acht Stunden oder von zwei Arbeitsjahren, die jeder Erwerbstätige innerhalb eines durchschnittlichen Arbeitslebens von 30 Jahren verliert. Wie müssen diese Zahlen erst anschwellen, wenn sie auf Los Angeles umgerechnet würden.

Für den Durchschnitt der unbemittelten Industriebevölkerung ist also das Wohnen an der Peripherie unwirtschaftlich. Ich zitiere die Folgerungen, die Friedberger aus seinen Untersuchungen zieht:

„So ergäbe sich für die Großstadt als einzige adäquate Bauweise der Hochbau mit möglichst vielen grünen Flächen in unmittelbarer Nähe. Die Sünden der Bauweise, vor allen Dingen aber der Bauart zur Zeit des Anwachsens unserer Großstädte haben es verschuldet, daß die allein für die Großstadt geeignete Bauart geradezu in Verfall geriet. So machte sich naturgemäß als Gegenströmung gegen die mit Recht in der Form der Ausführung und Benutzung (nicht aber als Wohnort) unzuverlässige, verhasste „Mietskasernen“ der Bunde nach der Einzelsiedlung, das heißt, der Zug möglichst nach der Peripherie der Großstadt, geltend. Dabei spielen weniger vernunftgemäße Erwägungen, als gefühlsmäßige Einstellung mit einem stark romantischen Einschlag eine Rolle. Es läßt sich aber nicht gefühlsmäßige Wohnungspolitik treiben gegen die ehernen Gesetze der Wirtschaft. Und zu hoch gespannte hygienische Forderungen, die es verhindern, daß das wirtschaftlich Erreichbare einer möglichst großen Zahl der Volksgenossen zugute kommt, wirken hier direkt volksfeindlich. Das Wunschbild des Eigenheims verdrängt nur zu leicht alle wirtschaftlichen Erwägungen...“

Dieses Urteil Friedbergers wiegt umso schwerer, als es von einem verantwortlichen Hygieniker gegeben wird. Demgegenüber erfolgt die Behauptung des von Herrn Wagner zitierten Deutsch-Amerikaners Rosenthal: „Die Frage der Entfernungen sei eine Verkehrsfrage, die leicht gelöst werden könne“ eine oberflächliche Behauptung. Es ist billig, sich ohne genaue Sachangaben für Ideale einzusetzen. Im Gegensatz zur Mitteilung Rosenthals, daß in U.S.A. die Sehnsucht nach dem Boden noch im Wachen begriffen sei, teilte mir dieser Tage der Sekretär der „Housing Corporation“ New York, Weiler, ein Anhänger der Heimstättenbewegung, mit

daß der Zug der arbeitenden Bevölkerung zur Mietwohnung stark im Steigen begriffen sei, und zwar aus Gründen der Reizung, nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen. Sicher werden beide Bericht-erstattet Recht haben, es zeigt sich hieraus, zu welchen Trugschlüssen man geführt werden kann, wenn Teilbewegungen als Uebersetzungen der Gesamtheit präsentiert werden.

Für den praktischen Wohnungsbau der Gegenwart stehen natürlich die wirtschaftlichen Erwägungen stark im Vordergrund. Es gibt heute keinen praktischen Weg, für die große Masse der Arbeitenden Heimstätten zu bauen.

Von den Wohnungsneubauten der Nachkriegszeit sind annähernd 80 Proz. Stadterweiterungen. Die Durchschnittskosten pro Quadratmeter Stagenwohnung liegen erheblich unter denen für einen Quadratmeter Wohnung im Einfamilienhaus.

Trotzdem wurde der Wohnungsbedarf der Hauptkonsumenten-schicht, die 40 höchstens 50 M. im Monat an Miete zahlen kann, nur zum allerkleinsten Teil vom deutschen Wohnungsbau der Nachkriegszeit befriedigt; dies muß einmal nachdrücklich festgestellt werden. Ferner halten die erfahrenen Sachleute, darunter Stadtbaurat Martin Wagner, das Einfamilienhaus als Kleinwohnung überhaupt nicht für rentabel, sondern erst von 65 bis 70 Quadratmeter Wohnfläche an aufwärts. Damit ist aber auch die wirtschaftliche Grenze für diese Wohnform gezogen; es bleibt keine Wahl.

Ich fasse noch einmal zusammen:

Entscheidend für die Wahl der Wohnform des Städtlers ist der höchste für ihn erreichbare Ruhezustand. Dieser hängt von seinen Reizungen, von seinem Beruf und seinem Geldbeutel ab.

Die Wohnung im Flachhaus mit Garten bietet die größere Ruhe und Abgeschlossenheit, Erholungsmöglichkeit und Auslauf im eigenen Garten und leichtere Beaufsichtigung der Kinder; sie ist als Kleinwohnung unrentabel, ist teurer und zeitraubender in der Bewirtschaftung, hat lange Anmarschwege und macht seine Bewohner seßhaft.

Die Wohnung im Hochhaus sichert kurze Anmarschwege, zeit- und geldsparende Zentraleinrichtungen für die Bewirtschaftung und gesellschaftlichen Anregungen; sie bietet Schwierigkeiten für die Beaufsichtigung der Kinder außerhalb der Wohnung infolge der vertikalen Entfernungen, sie ist aber als Kleinwohnung wirtschaftlich und fördert den Gemeinfinn.

Ernährung und Ernährung

Von der Bedeutung des Speichels und des Magensaftes

Wenn man in den letzten Jahren die Literatur über die Ernährungslehre verfolgt hat, hat man den Eindruck einer heillosen Verwirrung. Jede Lehre hatte ihre Apostel, die nachwiesen, daß sie die allein seligmachende Ernährungsform gefunden hatten, und daß nur der gesund und lebensfähig bleiben konnte, der nach ihrem Rezept sich und seine Kinder und Kindeskinde ernährten würde. Da dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, was kürzlich in einem Vortrag Prof. Dr. Hans Winterstein gewissermaßen zur Ehrenrettung der alten Ernährungslehre gesagt hat. Er weist darauf hin, was für eine Bedeutung der „Eßlust“ zukommt. Und er weist nach, daß die „russische Revolution“ durch Pawlow, dem bedeutenden Forscher, auf dem Gebiet der physiologischen Medizin einem alten Herrscher wieder zu rechtlicher Anerkennung verholfen hat, nämlich dem Appetit.

Durch Pawlows Methode, die auf eine alte Erfahrung zurückgeht, nämlich, daß uns bei Appetit das Wasser im Munde zusammenläuft, wird an Tierexperimenten nachgewiesen, daß die Sekretion der Speicheldrüse keine gleichmäßige Menge Speichel von gleicher Beschaffenheit absondert, sondern daß je nach der Speise, die man z. B. dem Hund vorhält, Quantität und (wenn man so will) Qualität des Speichels verschieden ist. Ebenso ist es auch mit der Absonderung der Magensaft. Speichel und Verdauungssäfte des Magens zeigen eine verschiedene Zusammensetzung, je nachdem erstens der Appetit groß ist, und je nachdem die vorgesetzten Speisen aus Brot, Fleisch oder auch Milch usw. bestehen. Legt man einem Hund Brot und Fleisch zum Ansehen vor, so hat die Pawlowsche Untersuchung des absonderten Speichels nachweisen können, daß gewöhnlich der Speichelsatz sich auf den Genuß des Fleisches einstellt.

Auch seelische Zustände beeinflussen die Verdauungssäfte: Merger verlegt uns den Appetit; ein habgieriger Hund, der einen anderen freilegt hat keine Speichelsekretion mehr. Nüchtern stinkt sie, — der Anblick des „Mithundes“ hat ihm den Appetit verdorben.

Natürlich ist das beim Menschen ganz ähnlich. Jeder kennt aus eigener Erfahrung, daß für Eßlust und Auswertung der Nahrung viele Faktoren maßgebend sein können. Ein gut zubereitetes Essen, dem man ohne starken Hunger gegenübersteht, wird nach einigen genossenen Happen den Appetit stärker anregen, als ein unfauber serviertes Essen, das nicht angenehm riecht, dem wir mit großem Hunger entgegensehen. Einige Happen davon erzeugen eine unangenehme Fülle in unserem Magen, wir sind satt!

Das sollte man nie vergessen, besonders in der Krankenpflege; schlecht essende Patienten verweigern die nach allen Regeln ärztlicher Kunst zusammengesetzte Krankenhauskost, wenn sie mürrisch und unappetitlich serviert wird. Der Appetit kommt beim Essen! Das haben die Kulturvölker schon immer gewußt, und es ist daraus erklärt, daß sie alle eine eigentümliche Lieberinstimmung zeigen bei der Zusammenstellung von Festessen. Die Reihenfolge wird bei allen eröffnet mit einer „Suppe“! Und das ist kein Zufall, denn jetzt folgt auch die große Ehrenrettung der Suppe, die zur Zeit verpönt wird als Kraftbrühe ohne Kraft, ohne Vitamine, ohne Kalorien! Die Pawlowsche Forschung beweist, wie wichtig die in der Suppe enthaltenen Spollungs- und Abbauprodukte des Eiweiß für die Anregung der Magensekretion sind. Reine mechanischen Reize vermögen die Drüsentätigkeit des Magens anzuregen (wie man wieder am Tierexperiment nachweist), sondern allein der chemische Reiz, den die Suppe mit ihren Extraktstoffen ausübt

Das mittelhohe Großhaus hat den Nachteil zu geringer Stockstände, geringer Belüftung, zu kleiner Grünflächen und zu geringen Ausläufen.

Das vielstöckige Großhaus ist dagegen viel luftiger, sonniger und besser belüftet, es sichert ein Höchstmaß von Grünflächen, in dem vor allem die Kinder ihren Trieb zum Spielen und Lärmen unbehindert ausleben können.

Auch ist es günstiger in bezug auf die Kostenverteilung, hygienischer und hauswirtschaftlicher Zentralanlagen. Seine Vorteile sind entscheidend für die gesunde Stadt.

Also: Der Flachbau ist nicht das Allheilmittel, logische Folge wäre die Auflösung und Verleugnung der Stadt. Auflockerung, nicht Auflösung der Städte ist das Ziel! Annäherung der Pole Stadt und Land durch Einfach unserer technischen Mittel und durch höchste Steigerung der Begrünung aller verfügbaren Flächen auf der Erde und auf den Dächern, so daß das Erlebnis der grünen Natur ein tägliches, nicht ein Sonntagserlebnis ist.

Nicht entweder — oder! Flachbau — und Hochbau sind entsprechend dem wirklichen Ruhebedarf nebeneinander zu entwickeln. Das Flachhaus, möglichst als eingeschossiger Bau in den äußeren Stadtzonen mit niedriger Ausnutzungsziffer, das Hochhaus in rationaler Bauhöhe von zehn bis zwölf Geschossen und mit zentralen Kollektivseinrichtungen überall dort, wo sein Ruhezustand erwiesen ist, vor allem in den Zonen mit hoher Ausnutzungsziffer.

Das mittelhohe Stadterweiterung zeigt weder die Vorteile des Flachbaues noch die des vielstöckigen Hochhauses, dem es in sozialer, psychologischer und teilweise auch in wirtschaftlicher Hinsicht unterlegen ist. Seine Ueberwindung wird einen Fortschritt bedeuten.

Der Internationale Kongress für neues Bauen, vor dem ich im vergangenen Herbst in Brüssel über dieses Thema referierte, faßte den Beschluß:

Für den Hochbau liegen die Erfahrungen Amerikas vor, jedoch ausschließlich für teure Wohnungen.

Der Kongress konstatiert, daß diese Wohnform zu einer Lösung des Problems der Kleinwohnung führen kann, ohne dies für die allein erstrebenswerte Form zu halten.

Es ist deshalb notwendig, daß der Hochbau auf seine Möglichkeiten hin geprüft und seine Leistungsfähigkeit an ausgeführten Beispielen untersucht wird, selbst wenn sich dagegen Widerstände finanzieller, bautechnischer und gefühlsmäßiger Art erheben sollten.

Also: Nüchterne Erwägungen und praktische Vernunft allein können uns zur Lösung des schwierigen Problems der richtigen Wohnform führen.

als wichtiger Anreger und vortrefflicher Vorbereiter für die Verdauung des nachfolgenden Fleischgerichtes.

Daß man zum Abschluß gern eine Süßspeise aus Mehl essen würde (wenn sie leider auch meist fehlen muß in diesen schweren Zeiten, wie vieles andere auch noch), und eventuell ist, zeigt wieder, wie gesund der Appetit die Nahrungsauswahl trifft. Da nicht alle Speisen befeuert werden durcheinander im Magen liegen, sondern sein säuberlich geschichtet, so liegt die Mehlspeise, die mit dem Magensaft nicht in starke Berührung kommt, sein „zu oberst“, denn sie ist auch bereits vom Speichel so verdaut, daß sie auf ein völliges Durchdringen mit Magensaft verzichten kann.

Winterstein schließt seinen Vortrag, indem er darauf hinweist, daß die Logik oft irrt, nicht aber oder sehr selten der Instinkt. Ein gesunder Mensch braucht keine falsche Ernährung zu befürchten, wenn er nach seinem Appetit isst. Erst wenn er anfängt „nachzudenken“, wenn er Theorien und Vorschriften befolgt, gleichgültig, ob sie lauten: roh oder gekocht, fettlos, reizlos oder gewürzt, kann er sich schädigen; ein gesunder Mensch braucht eine gemischte Kost, das geht wohl schon daraus hervor, daß niemand sein Lieblingsgericht morgens, mittags und abends essen möchte. Wir verkennen keineswegs die ungeheure Bedeutung für die Diätetik, die durch die modernen Lehren auf dem Gebiet der Ernährung für die Kranken geschaffen wurde (W. spricht da vom ärztlichen Koch, der dem Chirurgen das Messer aus der Hand nimmt, ja vielleicht sogar dem Schützer Tod die Gasse). Aber er rät den Ärzten und dieler Rat dürfte wohl für eine breite Schicht unserer Bevölkerung gleich große Bedeutung haben: „Wahrlich, ich sage dir, es steht mehr Vernunft in deinem Leibe als in deiner besten Weisheit.“ (Matthäus-Zarathustra).

Susi Bork.

Kleine Notizen

Es ist Eiweiß enthalten in Reis 8 Proz., in Sahne 2,5 Proz., in Sardinen in Öl 25,9 Proz., in Schokolade 12,9 Proz., in Zucker 0 Proz., in Zwiebeln 1,6 Proz., in feinem Weizenmehl 13,8 Proz. — Es beträgt der Fettgehalt in Prozenten: Reis 0,3, Sahne 18,5, Schokolade 48,7, Schweinefleisch 100, Spargel 0,2, Löffelkäse 25,3, Zucker 0, Zwiebeln 0,3. — Kohlehydrate sind vorhanden in Hundertteilen: Reis 79, Sahne 4,5, Sauerkraut 2,9, Schokolade 30,3, Schweinefleisch 0, Spargel 3,3, Walnüsse 13, Weintrauben 19, Dauerwurst 0,3, Zwiebeln 9,9. — Die Gesamtkalorienzahl pro Kilogramm beträgt für Kal 3,200, für Kefir 628, für Reis 3,507, für Sahne 1,946, für Schokolade 6,100, für Schweinefleisch 8,992, für Spargel 220, für Löffelkäse 3,9, für Zucker 4,000, für Zwiebeln 485, für Pumpernickel 2,900, für Hering, frisch, 1,419, Hering, geräuchert, 2,898.

Man nennt Nahrungsstoffe, die zu ihrer Verarbeitung im menschlichen Organismus eines erhöhten Vitamingehaltes bedürfen, Vitaminpotente. Appetit heißt eine Substanz, die eine starke A-Vitaminzufuhr verlangt, wie z. B. das Casein. Ein Meeresschwamm kann bei völlig vitaminfreier Ernährung mit Kohlehydraten noch einen Monat leben. Gibt man ihm vitaminreies Casein, so geht es schon nach einer Woche zugrunde. Daraus schließt man, daß die Angaben des Vitamingehaltes in bestimmten Nahrungsmitteln nichts auslegen über den Wert derselben; denn die Vitaminpotenz des Nahrungsstoffes kann dessen Wert herabsetzen. Grundlegende Arbeiten darüber machte das Institut für allgemeine und experimentale Pathologie der deutschen Universität Prag.

Dr. S.

